

Es geht um die Zukunft von uns allen

Gemeinderat Stefan Cyriax aus Leppersdorf schreibt zur Gemeinderatssitzung und dem Bürgerbegehren zum geplanten Heizkraftwerk in Wachau Folgendes:

In der Gemeinderatssitzung der Gemeinde Wachau am 13. Februar stand der Beschluss über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens „Gesunde Zukunft - keine Müllverbrennung bei Müllermilch“ auf der Tagesordnung. Die Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes Kamenz teilte mit, dass das Bürgerbegehren aufgrund der nicht beachteten Ausschlussfrist nicht rechtmäßig ist. Eine Mehrheit des Gemeinderates folgte diesen Ausführungen und erklärte den eingereichten Antrag für nicht zulässig. Soweit die Fakten. Dieser demokratisch herbeigeführte rechtskonforme Beschluss wird von den Vertretern der Interessengemeinschaft als undemokratisch bezeichnet. Für die IG zählt nur die eigene Meinung, die richtig sein muss. Andersdenkende werden mit unsachlichen und unwürdigen Argumenten angegriffen.

Dabei geht es doch um viel mehr als die Meinung der IG. Es geht um die Verantwortung für die Zukunft der Gemeinde Wachau und deren Bürger. Technische Entwicklung wird von der IG ausschließlich in Zusammenhang mit negativen Auswirkungen gebracht und verteufelt. Technik ist aber für die Entwicklung der Lebensqualität und Vorausschau der Menschen eine wichtige Basis. „Ohne die Unsicherheit des Neuen wird es auch nichts Neues geben. Dies auf die eine oder andere Weise radikal verhindern zu wollen, wäre fatal für die Wissenschaft, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt.“ E. Winnacker, Jan. 2006

Der Weg der Mehrzahl der Wachauer Gemeinderäte ist ein anderer und auf jeden Fall ein demokratischer! Wir wollen die Bürger vor den Folgen, die aus der Verbrennung von Ersatzbrennstoffen im Heizkraftwerk entstehen, schützen, aber gleichzeitig die Gemeinde Wachau durch ihre wirtschaftliche Stärke zum Wohle der Bürger weiterentwickeln.

Der Weg ist, dass sich viele Bürger am Planungsverfahren und am Abwägungsprozess der Bauleitplanung zum Heizkraftwerk beteiligen und die Bedenken und Befürchtungen von den Planern nicht unbeachtet bleiben. Durch einen Durchführungsvertrag zwischen Gemeinde und Sachsenmilch AG wird es uns gelingen, den Befürchtungen Rechnung zu tragen und ständig zu aktualisierende Entwicklungen der Abfallverbrennung einzufordern. Sollten wir dies nicht erreichen, besteht immer die Möglichkeit der Ablehnung im Gemeinderat.

Wir alle können stolz darauf sein, was in den letzten 18 Jahren seit Einzug der freiheitlichen Grundordnung von den Bürgern der Gemeinde Wachau geschaffen wurde und wollen, dass die Entwicklung so bleibt. Dies gelingt aber nur, wenn alle innovativen Kräfte gemeinsam anpacken.